

FESTSETZUNGEN, PLANZEICHEN UND HINWEISE

Die Festsetzungen erfolgen durch Zeichnung und Text auf der Rechtsgrundlage des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung vom 18.8.1976 (BGBI. I S. 2256, ber. S. 3617), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6.7.1979 (BGBI. I S. 949), der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 15.9.1977 (BGBI. I S. 1763), der Planzeichenverordnung 1981 (PlanzVO) vom 30.7.1981 (BGBI. I S. 833) sowie der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Neufassung vom 2.7.1982 (GVBI. S.

- Art und Maß der baulichen Nutzung, Bauweise und Gestaltung

Reines Wohngebiet (§ 3 BauNVO) Zulässig sind nur Wohngebäude mit nicht mehr als 2 Wohnungen (§ 3 Abs. 4 BauNVO)

als Ausnahme gemäß § 31 Abs. 1 BBauG vorgesehen: Reihenhäuser oder mehr als 2 Wohnungen zulässig

Grundflächenzahl/Geschoßflächenzahl (nicht festgesetzt)

Zahl der zulässigen Vollgeschosse (als Höchstgrenze)

Einzelhäuser und Doppelhäuser zulässig

Baugrenzen (blau)

Satteldach/5-geschossiger Wohnblock: Flachdach zulässige Dachneigungen

Dacheinschnitte unzulässig Farbe der Dacheindeckung: ziegelrot (natur)

Kniestock max. 0,50 m, als Ausnahmen gemäß § 31 (1) BBauG vorgesehen: Einzelgauben, nur mit stehendem Fensterformat zulässig Kniestock max. 0,75 m, bei Haustiefen bis 10,0 m zulässig

Flächen für Stellplätze: ST/Flächen für Garagen: GA aufgrund des verkehrsberuhigten Aus baus der Erschließungsstraße kann der Mindeststauraum vor Garagen in Einzelfällen auf 4,0 m verringert werden (generell mind, 5 m).

Verkehrsflächen und Verkehrsbeschränkungen (§ 9 (1) 11 BBauG)

Straßenbegrenzungslinie

Straßenverkehrsfläche: z.B.: Gehweg - Fahrbahn - Gehweg

Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung: Verkehrsberuhigter Bereich (Zeichen 325/326/327)

Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft

öffentliche Grünfläche, Grünanlage

Dauerkleingärten

Mindestgröße der Gartenparzellen: 320 m²

eingefriedeter Bereich der Kleingartenanlage

frei zugängliche (Außen-)Flächen der Kleingartenanlage

der Öffentlichkeit mindestens tagsüber frei betretbare Wege

und Verbindungen Flächen für die Landwirtschaft: Uneingeschränktes Nutzungsrecht

für die Forstwirtschaft (Wald): Die gesetzlichen Schutzzonen sind zu beachten! Gemäß Art. 4 (1) BayBO ist für die geplante Kleingartenanlage ein Gebäudeabstand von 35 m zum Waldrand einzuhalten! In einer Entfernung von weniger als 100 m zum Wald sind die Errichtung oder der Betrieb offener Feuerstätten nicht zulässig (gem. Art. 17 (1) Bayr. Waldgesetz und Schr. Forstamt Bayreuth vom 11.12.1986). Dazu zählen u.a. offene Kamine, Holzkohlen- und Gartengrillanlagen; auch das Verbrennen von Garten-

für landwirtschaftliche Betriebe: Geruchsbelästigungen durch Düngung

und Viehhaltung ist hinzunehmen.

Bnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft

Alle durch Planzeichnung dargestellten Bäume und Hecken gelten als festgesetztes Flanzgebot (Anteil der Laubgehölze ≥ 90 %). Der Baumbestand ist durch schwarzen Punkt kenntlich gemacht (Ausnahme: Signatur "Wald").

> Die dargestellten straßenbegleitenden Bäume (Pflanzgebot) sind - auch wenn sie auf privaten Grundstücken zu pflanzen sind -Bestandteil der Erschließungsanlage und werden vom Träger der Erschließungsmaßnahmen gepflanzt und ebenfalls gemäß BBauG/BauGB umgelegt. Ersatzlos gestrichen mit Stadtratsbeschluß vom 20.7.1988.

Gemäß Auflage der Bundespost ist bei der Durchführung von Baumpflanzungen darauf zu achten, daß Bäume in mindestens 2,5 m Entfernung von den Fernmeldeanlagen der Deutschen Bundespost gepflanzt werden. Sollte dieser Mindestabstand im Einzelfall unterschritten werden, sind Schutzmaßnahmen

Sonstige Festsetzungen, Planzeichen und Hinweise

Wasserversorgung: Alle Installationen und Rohrnetze sind aufgrund des geringen Wasserdruckes in druckverlustarmer Dimensionierung auszuführen.

Nauptabwasserleitungen

öffentl. Gasversorgung: Im Hinblick auf das benachbarte Klinikum, die topographische Lage und herrschende Hauptwindrichtung West (50,8 %) erhält die Siedlung ein Gasnetz (derzeit sauberste Primärenergie). --- Der Gasanschluß wird nachdrücklich empfohlen ---

Hauptversorgungsleitung Post (vorhanden) Gestaltung der Zäune im Wohngebiet:

Grenze des räumlichen Geltungsbereiche des Bebauungsplanes Abgrenzung unterschiedlicher Festsetzungen Darstellung und Bestandsangaben nach Planzeichenverordnung und DIN 18707

Weitere Festsetzungen zur Kleingartenanlage

Nach Maßgabe dieser Bestimmungen sind folgende zweckgebundene bauliche Anlager

Gartenhäuser: je Parzelle ist nur 1 Gartenhaus zulässig!

max, 18 m2 Grundfläche (Außenmaße) max. 25 m² überdachte Fläche einschl. Freisitz und Dachüberstan

Abstandsflächen: Zu den grundbuchamtlich nicht vermessenen Parzellengrenzen wird ein Mindestabstand von 3 m festgesetzt. Zur äußeren Einfriedung der Kleingartenanlage wird für alle Gartenhäuser ein Mindestabstand von 5 m festgesetzt, zum Wald sind mind. 35 m

Die Gartenhäuser sind so zu gestalten, daß sie sich in das Landschaftsbild einfügen (gedeckte Farben/natürliche Baumaterialien). Feuerstellen, offene Kamine und Kelle

Gewächshäuser: Auf jeder Parzelle kannein Gewächshaus ohne massives Fundamen bzw. Sockel und ohne Beheizung zugelassen werden. max. 10 m² Grundfläche, max. 2,20 m hoch

Gemeinschaftsgebäude: zulässig sind max. 150 m² Grundfläche, 1 V + D. Eine Nutzung des Gemeinschaftsgebäudes als öffentl. Gast-

stätte ist ausgeschlossen. Das Gemeinschaftsgebäude ist mit für die Kleingärtner allgemein benutzbaren Sanitärräumen (WC-Anlage, Entleerungsmöglichkeit für Camping-Toiletten, evtl. Duschen) auszustatten u. an den städtischen Kanal

Weitere bauliche Anlagen - auch genehmigungsfreie - sind nicht zulässig!

Die Wasserversorgung der Kleingärten hat nach gesonderter Vereinbarung mit den Stadtwerken in druckverlustarmer Ausführung und unter Einhaltung ggfs. weiterer erforderlicher Auflagen zu erfolgen.

Eine Abwasseranlage (Kanalnetz) ist nicht zulässig. Anfallende Niederschlagswässer sind über Regentonnen zu versickern (siehe Schema in Anlage zur Begründung).

Einfriedung der Dauerkleingartenanlage:

Äußere Einfriedung der Gesamtanlage mit Maschendrahtzaun, Höhe max. 2,20 m Zwischenzäune in Maschendraht mit max. 0,80 Höhe, zu den Hauptwegen 1,0 m Höl Die Zäune sind gemäß Planzeichnung mit standortgerechten Gehölzen heckenartig zu hinterpflanzen (mind. 2 m Breite), zur freien Landschaft hin gemäß Planzeichnung als unbeschnittene Wildhecke (Pflanzgebot) mit mind. 5 m Breite.

Die Kleingartenanlage ist mit Obstbaum-Hochstämmen alter loka Sorten wirksam zu durchgrünen. Dabei soll von der Anzahl her mindestens 1 Hochstamm pro Parzelle gepflanzt werden. Die Bauf standorte können frei gewählt werden, d.h., auch außerhalb der einzelnen Parzellen liegen.

Veränderungen des natürlichen Geländes durch Auftrag oder Abgrabungen sind unzu-

Weiter Auskünfte zu Kleingärten erteilt auch: Stadtverband der Kleingärtner e. V.

8580 Bayreuth, Tel. 09 21/ 4 16 11

Gesonderte Anlage zum Bebauungsplan

gem. § 2 a Abs. 6 BBauG

🖈 🖈 🖈 Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 4/95

STADTBAUREFERAT / STADTPLANUNGSAMT

BEBAUUNGSPLAN NR. 8/76 **MEYERNBERG-SCHMATZENHÖHE**

WOHNGEBIET UND KLEINGARTENANLAGE Bearbeitet

Verfahrensschritte der Planaufstellung

Begutachtung und Einleitungsempfehlung Bauausschuß: 3.4.1979 Einleitungsbeschluß Stadtrat (§ 2 Abs. 1 BBauG):

Veröffentlichung des Einleitungsbeschlusses im Amtsblatt vom 28.11.1986 Bauausschuß am 4.11.1986

Bürgeranhörung nach § 2 a Abs. 2 BBauG: 1.-30. Dezember 1986 Bekanntgemacht im Amtsblatt Nr. 24/86 vom 28 Nov. 1986

Gutachten Bauausschuß zur öffentlichen Auslegung: 17. Marz 1987 Auslegungsbeschluß Stadtrat:

25. März 1987 Offentliche Auslegung nach § 2 a Abs. 6 BBauG: 21. April - 21. Mai . 1987

Bekanntgemacht im Amtsblatt Nr. 8 /87 vom

Butachten Bauausschuß zum Satzungsbeschluß: 21.7.1987 und 19.7.1988 Satzungsbeschluß Stadtrat (§ 10 BBauG): 29.7.1987 und 20.7.1988

Die Regierung von Oberfranken hat mit Schreiben vom 12.9.1988 Nr. 420-4622 1-5/88 das Anzeigeverfahren (§ 11 BauGB) abgeschlossen.

Inkrafttreten des Bebauungsplanes am 30.9.1988 durch die Bekanntma-

chung im Amtsblatt Nr. 22 /88 vom 30.91988 (§ 12 BBauG). Der genehmigte Bebauungsplah mit Begründung wird ab 29. Sept. 1988 zu jedermanns Einsicht bereitgehalten und ist damit rechtsverbindlich

> Stadt Bayreuth (Dr. Dieter Mronz)

Oberbürgermeister

Bayreuth, den 21. September 1988

(§ 12 Satz 3 Baugesetzbuch.)